

ECE GIBT IN GRAZ AUF

Aus für Shoppingriesen: Blamage für die Rathauskoalition



Die deutsche Shopping-Kette ECE holt sich in Graz kalte Füße. Konkurrent Spar macht das Rennen um Gründe beim Bahnhof.

Die ÖVP-Werbestrategen werden sich jetzt etwas Neues einfallen lassen müssen“, so die Grazer Wohnungstadträtin Elke Kahr (KPÖ) zum Scheitern der Firmengruppe Otto, die sich vom Bau eines riesigen ECE-Einkaufstempels am Bahnhofsgürtel zurückgezogen hat. Gerade die ÖVP hat sich massiv für das Projekt eingesetzt – über die Proteste der Bewohner hinweg.

Die Grazer KPÖ stand dem Projekt von Beginn an kritisch gegenüber, weil es viele Probleme aufgeworfen hätte, von einer extremen Verkehrsbelastung in der Umgebung bis Jobverlusten im Zentrum wegen des Abwerbens von Ge-

schäften. Insgesamt freut sich die KPÖ, durch ihre kritische Haltung zur jetzigen Entwicklung beigetragen zu haben.

„Neben der ÖVP sind auch SPÖ und FPÖ die Blamierten, die im Vorjahr den umstrittenen Bebauungsplan für dieses Viertel im Gemeinderat durchgedrückt hatten“, sagt Elke Kahr. Zuvor gab auch das Land grünes Licht für das umstrittene Projekt.

Das Rennen machte schlussendlich Friedrich Poppmeier, Oberhaupt der Spar-Gründerfamilie. Er kaufte um 7,5 Millionen Euro die fürs ECE reservierten Grundstücke und verhindert damit die Konkurrenz für „seinen“ Citypark.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ-Elke Kahr,
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Fax 71 62 91 oder E-Mail:
stadtblatt@kpoe-graz.at

MEINUNG



Ernest Kaltenegger,
KPÖ-Klubobmann im Landtag

Nichts gelernt!

Zu Beginn der derzeitigen Krise wurde schlagartig vielen Menschen die Bedeutung des öffentlichen Eigentums klar. Auch Politiker fast aller Parteien beeilten sich so zu tun, als ob sie die Lehre aus der dramatischen Entwicklung verstanden hätten. Das gab zur Hoffnung Anlass, den schließlich waren es oft gerade sie, die noch kurz zuvor eifrig für die Verscherbelung von Eigentum der öffentlichen Hand gestimmt haben.

Besonders einfach ging dieser Ausverkauf, wenn es sich um Güter gehandelt hatte, die zwar der Allgemeinheit gehörten, jedoch einer von der öffentlichen Verwaltung ausgegliederten Gesellschaft übertragen wurden. Dort gelten andere Regeln als vergleichsweise für die Landesverwaltung. Möchte diese zum Beispiel Immobilien verkaufen, so müsste sie die Zustimmung des Landtages einholen. Dadurch ist auch eine demokratische Kontrolle im Interesse der Bevölkerung gewährleistet. Bei

einer ausgelagerten Gesellschaft schaut es ganz anders aus. Dort muss unter Umständen nur der Aufsichtsrat zustimmen. Die Bevölkerung erfährt von solchen Verkäufen vielleicht aus der Zeitung.

Die KPÖ im Steiermärkischen Landtag wollte einem schleichenden Ausverkauf einen Riegel vorschieben und beantragte die Einführung von Regelungen, die die ausgegliederten Landesgesellschaften verpflichten sollen, vor jeder großen Vermögensveräußerung den Landtag zu befragen. SPÖ, ÖVP und Grüne stimmten gegen diese Schutzmaßnahme für das öffentliche Eigentum. Sie haben aus der Entwicklung in letzter Zeit offensichtlich nichts gelernt. Dafür dürfen wir uns aber bei der nächsten Zuspitzung der Krise sicher wieder salbungsvolle Reden anhören.

Ernest Kaltenegger,
0316 / 877 5104
stadtblatt@kpoe-graz.at

Weniger zahlen für Strom

Bezieher von Sozialhilfe oder Ausgleichszulage können sich von der „Ökostrom-Zählpunktpauschale“ befreien lassen. Sie macht jährlich 18 Euro aus. 20.000 Steirer sollen laut Estag-Chef Kois davon profitieren.

Anspruchsberechtigt sind Alleinstehende mit einem Haushalts-Nettoeinkommen

von maximal 783,89 Euro, bei Paaren höchstens 1.175,75 Euro. Für jedes Kind kommen 82,16 Euro dazu.

Für die Bezieher von Notstandshilfe hält der Strom-Vertrieb „Energie Steiermark“ zusätzlich 30 Tage Gratis-Energie bereit.

Anträge und Infos: Tel. (0316) 90 00-53 699.